

CSU und vbw: Abbau der Russland-Sanktionen

CSU und vbw haben sich bei ihrem heutigen Spitzengespräch für einen Abbau der Russland-Sanktionen ausgesprochen.

Den Freistaat Bayern und die Russische Föderation verbinden langjährig gewachsene gute Wirtschaftsbeziehungen. Die Entwicklung des Außenhandels zwischen unseren Volkswirtschaften war über viele Jahre hinweg eine Erfolgsgeschichte. CSU und vbw war und ist es daher ein wichtiges Anliegen, die gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen.

Beide Seiten sind sich einig, dass die Sanktionen seit zwei Jahren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland – in besonderer Weise auch Bayern – und Russland stark beeinträchtigen. Sanktionen dürfen kein Dauerzustand sein. Blockdenken ist nicht mehr zeitgemäß.

Die im Sommer 2014 gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen haben zu einer Zäsur geführt und drohen zu einer Entflechtung der Wirtschaftsräume zu führen. Sie haben auf beiden Seiten erhebliche wirtschaftliche Einbrüche ausgelöst. Russland haben sie umso stärker in eine strukturell bereits angelegte Wirtschaftskrise gedrängt, vor allem die Finanzsanktionen. Aber auch in Deutschland und insbesondere in Bayern spüren wir die Folgen überdeutlich. Hinzu kommt die Gegenreaktion der russischen Seite, die sich um eine Substitution der Importe bemüht und damit weitere Hürden für unsere Unternehmen aufstellt.

Im Jahr 2014 sind die bayerischen Exporte nach Russland um mehr als 13 Prozent zurückgegangen, im Jahr 2015 nochmals um 33 Prozent.

Dass sich die Entwicklung im laufenden Jahr deutlich verlangsamt hat, zeigt nur, wie sehr der Austausch bereits auf ein absolutes Basisniveau zurückgedrängt wurde.